

Nachrichten

vom



Mercedesplatz

Meldungen und Meinungen von Kollegen für Kollegen
der Daimler AG Werk 69 Kassel

21. Jahrgang - Dezember 2009

1 Jahr Krise!

Seit einem Jahr hat die Krise das Leben und die Wirtschaft fest im Griff. Die Politik wollte gerade den Mitauslösern der Krise Fesseln anlegen, damit solche Situationen nicht mehr vorkommen. Was haben die politisch Verantwortlichen denn nun zustande gebracht? Außer halbherzigen Ansätzen von Gesetzen und Appellen an die Mächtigen in den Bankenvorständen und Industriekonzernen ist bisher nichts passiert!! Die Vorstände der Banken wurden in der letzten Zeit doch ziemlich deutlich aufgefordert ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

So forderte der Bundespräsident eine Entschuldigung der Banken zur Krise, die bis heute ausblieb, und der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, hat in ungewöhnlich scharf die Finanzbranche kritisiert. Die Bürger würden eine so umfangreiche Unterstützung der Banken mit dem Geld des Steuerzahlers nicht zweimal akzeptieren, warnte Trichet auf einem Fachkongress in Frankfurt. Man könne nach einer solchen Krise nicht einfach zur Normalität zurückkehren. Selbst die Bundeskanzlerin Merkel rügte vor Führungskräften in Berlin, nachdem die akute Gefahr vorbei sei, riskiere manch einer im Finanzsektor schon wieder "eine ziemlich große Lippe".

Gerade die Banken haben die Krise wohl schon abgehakt. So genehmigen sich die Vorstände in den USA schon wieder für den Otto-Normalverbraucher, fast unvorstellbare Gewinnausschüttungen. Aber auch in Deutschland tritt so mancher dieser Herren schon wieder so großkotzig auf wie vor der Krise. So sei hier nur der Deutsche Bank Vorsitzende, Ackermann, genannt.

Wie aber sieht es bei uns Beschäftigten aus? Wir haben durch die Auswirkung der Krise Kurzarbeit, also weniger Geld in der Tasche. Darüber hinaus wurden durch Sparprogramme uns weiter Geld entzogen. Die Angst geht

um, dass der Arbeitsplatz immer mehr gefährdet ist, je länger die Krise dauert.

Und wie sieht es bei denen aus, die durch die Krise schon keinen Arbeitsplatz mehr haben, wie Leih- und Zeitarbeiter? Sie haben doch sofort die harten Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen, indem Sie keine Verlängerung Ihrer befristeten Arbeitsverträge bekamen. In der momentanen Zeit sind auch die Möglichkeiten sehr eingeschränkt wieder zu Arbeit zu kommen und je länger die Krise dauert auch immer

schwieriger, weil immer mehr Unternehmen Arbeitsplätze abbauen. Damit wird das Heer der Arbeitssuchenden immer größer. Außerdem besteht die Gefahr dann auch noch in Hartz 4 abzurutschen. Welch tolle Aussichten für die Zukunft! Damit wird man anfällig für Sprüche und Parolen aus der rechten Ecke. Hier wird einem dann wirklich angst und bange, denn solche Zeiten hatten wir schon einmal! Und was daraus hervorgegangen ist kennen wir alle.

Hier sind wir alle gefordert etwas zu unternehmen, damit es erst gar nicht zu solch kritischen Situationen kommt. Weiter sind die politischen Verantwortlichen gefordert eindeutige Grenzen zu setzen, damit durch verantwortungsloses Handeln einzelner Manager nicht ganze Teile

der Wirtschaft in den Abgrund stürzen können. Gerade diese Manager in den Teppichetagen müssen sich nun ihrer sozialen und auch moralischen Verantwortung stellen und daraus Konsequenzen ziehen ihr Handeln zu ändern. Ein nur auf kurzfristigem Gewinnstreben fixiertes Denken und Handeln wird uns nur wieder erneut ins Chaos stürzen. Ein Abwälzen der Krise und ihrer Auswirkung nur auf die Menschen und Beschäftigten darf sich nicht wiederholen!



Erich Bauer

Nein zu Kopfpauschalen!

Mit dem Koalitionsvertrag ist die Katze aus dem Sack: Die Kopfpauschale (gleicher Beitrag für alle, unabhängig vom Einkommen) soll kommen - sowohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung. Damit wird der größte Angriff auf die Sozialversicherung seit der Agenda 2010 eingeläutet. Die Einführung einer Kopfpauschale bedeutet im Klartext: Die Arbeitgeber werden entlastet, Geringverdiener werden von Versicherten zu Bittstellern beim Staat. Schwarz-Gelb macht damit deutlich: Was noch an Sozialleistungen existiert, soll teurer werden oder nicht mehr für alle verfügbar sein. Es soll richtig teuer werden. Bereits 2003 legte die so genannte „Herzog-Kommission“ vor, wie sich Union und FDP die Zukunft der Krankenversicherung vorstellen: Privatisierung der Krankengeldleistungen. Und damals auch schon dabei: die Kopfpauschale. Seinerzeit strebte die Kommission einen Einheitsbeitrag an, der bei 264 Euro pro Monat für jede und jeden liegen sollte. Diese Pläne werden jetzt wieder ausgepackt. Da lohnt der Blick auf den eigenen Lohnzettel. 264 Euro damals? Das bedeutet heute sicherlich fast 300 Euro Beitragsatz für alle. Aber auch für die

Pflegeversicherung hatte Schwarz-Gelb schon damals ihre Vorschläge: 52 Euro pro Monat ab 20 Jahren und 66 Euro ab dem 45. Lebensjahr.



Damit wird klar: Gesundheit wird richtig teuer. Aber nicht für alle! Jemand, der heute 4.000 Euro brutto im Monat verdient, zahlt heute mit rund 290 Euro für die Krankenversicherung und mit 45 Euro für die Pflegeversicherung schon den Maximalbeitrag. Ab 50.000 Euro brutto im Jahr lässt sich also ordentlich Geld sparen. Profit mit unserer Gesundheit? Geplant ist aber auch die weitere Privatisierung der

Gesundheitsversorgung. Logisch: Denn die private Krankengeldversicherung bietet den Versicherungskonzernen ein Umsatzvolumen von mindestens acht Milliarden Euro. Was krank macht, ist der Kapitalismus. Deshalb ist es absolut zynisch, wenn sich die Unternehmer aus der Finanzierung der Krankheitskosten weiter zurückziehen und gleichzeitig noch mehr Profite aus dem „Gesundheitsmarkt“ schlagen sollten. Die Defizite bei den Krankenkassen wurden nicht von den PatientInnen verursacht, sondern von den Kapitalisten. Durch Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub gibt es riesige Beitragsausfälle bei den Krankenkassen. Außerdem plündert die Pharmaindustrie die Kassen durch astronomisch überhöhte Preise. Alles für ihre Profite. Alles dafür, in Krisenzeiten auf unsere Kosten zu kürzen und zugleich neue Profitquellen zu eröffnen.

Dem müssen wir entgegensetzen: Menschen statt Profite! Gewerkschaften und soziale Bewegungen sollten jetzt eine Kampagne starten, um die Kopfpauschale zu verhindern.

Erich Hoppe

Endlich einsichtig!?

Bei dem Abschluss des Sparpaketes wurde die Gewinnbeteiligung, ohne Rücksprache

(was damals ja sehr demokratisch war!)

mit der Belegschaft einfach einbehalten! Der Unmut der Kolleginnen und Kollegen wurde in letzter Zeit zu recht immer lauter. Viele empfanden dies als Bevormundung ihrerseits durch



den GBR. Nun wurde der Fehler, durch diese Entscheidung endlich rückgängig gemacht. Mit der Dezemberlöhnung soll nun die Gewinnbeteiligung ausgezahlt werden. Dass dort auf der einen Seite die Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmen unter anderem ein Grund spielte, darf hier nicht verschwiegen werden. Im anderen Fall wäre es wohl kaum zu dieser Auszahlung gekommen. Es darf

aber auch nicht verschwiegen werden, dass die Kolleginnen und Kollegen, durch ihren lauten und deutlichen Unmut darüber, an dieser Vorgehensweise und schnellem Ende ein Übriges dazu beigetragen haben. Außerdem ist es für die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr nachvollziehbar, warum man Ihnen die Gewinnbeteiligung

vorenthalten hatte, wenn im Moment wieder Gewinne erzielt werden und das Unternehmen auch noch eine Liquidität von mehr als 16 Milliarden € ausweist.

Scheinbar hat nun der GBR endlich mal wieder erkannt, für wen er eigentlich da ist und wer ihn gewählt hat. Wir können nur hoffen, dass dies nicht nur ein

Strohfeuer ist oder lassen hier die im nächsten Jahr anstehenden Betriebsratswahlen grüßen? Für die Zukunft muss der GBR eine andere Politik gegenüber dem Unternehmen betreiben und sich nicht nur kämpferisch bis zu den Wahlen geben.

Nicole Welke

Schwerbehinderung ein Tabuthema im Werk Kassel?

Auf unserem Artikel „Sind Schwerbehinderte im Werk nichts mehr Wert?“ war die Resonanz von euch sehr groß. Leider mussten wir feststellen, dass viele nichts oder nur wenig über dieses Thema wissen. Menschen mit Behinderung sind in Beruf und Gesellschaft häufig benachteiligt. Daher gibt es verschiedene Ausgleiche, die behinderte Menschen in Anspruch nehmen können. Die häufigsten Nachteilsausgleiche im Beruf sind: Anspruch auf Zusatzurlaub, besonderer Kündigungsschutz, begleitende Hilfen im Arbeitsleben, ein Steuerfreibetrag und die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts. Bei vielen Mitarbeitern herrscht auch die Angst ihre Schwerbehinderung zu melden oder ihre Einsatzbeschränkungen einzufordern. Deshalb haben wir uns entschlossen mehr zu diesem Thema zu schreiben. Natürlich können wir leider nicht alles zu diesem Thema schreiben. Wir wollen aber zuerst die wichtigsten Fragen beantworten.

Was versteht man unter Behinderung? Es sind Menschen behindert, deren körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit, länger als 6 Mon. von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen. Der GdB liegt unter 50.

Wann sind Menschen mit Behinderung als schwerbehindert anzusehen? Menschen sind schwerbehindert, bei den ein GdB von wenigstens 50 vorliegt, die in Deutschland wohnen oder beschäftigt sind.

Was sind Gleichgestellte? Personen mit einem GdB von 30 oder 40 werden auf Antrag schwerbehinderten Menschen gleichgestellt, wenn sie in Folge ihrer Behinderung(en) ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können.

Grad der Behinderung- was versteht man darunter? Das Ausmaß einer Behinderung wird als „Grad der Behinderung“ (abgekürzt: GdB) in einer Zehnergraden abgestuften Zahl von 20 bis 100 festgestellt. Die Bemessung des GdB richtet sich nach den Beeinträchtigungen in allen

Lebensbereichen, also nicht nur nach der Beeinträchtigung im Beruf.

Wo und wie stelle ich einen Antrag auf Schwerbehinderung? Die einfachste Möglichkeit besteht hier im Werk bei der Schwerbehindertenvertretung. Dies ist die leichteste Art. Jetzt werden viele sich die Frage stellen, wie sieht es bei denen mit der Datensicherheit aus? Wir glauben nicht das die Schwerbehindertenvertreter eure Daten weitergeben. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat (Werk Bremen) gibt es bei Daimler viele Datensammler. Ein Stahlschrank oder ein PC stellt für sie kein Hindernis dar. Viele Sozialleistungsträger z.B. der VdK helfen auch beim Ausfüllen der Anträge. Wer Dritten nicht vertraut, kann den Antrag auch direkt stellen. Hier in Kassel ist das Versorgungsamt zuständig. Dort gibt es auch Anträge, natürlich kann man diese auch im Internet herunterladen.



Der Antrag muss sorgfältig ausgefüllt sein. Darüber hinaus sämtliche in euren Besitz befindlichen Unterlagen beizufügen. Ihr müsst über euren aktuellen Gesundheitszustand und die von euch geltend gemachten Gesundheitsstörungen angeben. (z.B. Arztbriefe, Atteste, Krankenhaus- und Kurentlassungsberichte, Röntgen- und Laborbefunde). Dies verkürzt die Bearbeitungsdauer erheblich.

Mehr Antworten auf eure Fragen werden wir in der nächsten Ausgabe der NuM beantworten. Noch ein kleiner Tipp: Wenn ihr einen Antrag stellen wollt, dann stellt ihn bis zum 31.12.2009. Dann könnt ihr bei einem positiven Bescheid in Jahr 2010 noch die Steuervorteile für das ganze Jahr 2009 geltend machen.

Die FDP tritt für ein „Trägerübergreifendes Persönliches Budget“ ein, dass mittelfristig die Ausnahme zur Regel wird. Auf deutsch heißt dies, jeder Schwerbehinderte bekommt in seinem Leben eine Summe X . Ist diese Summe verbraucht hat er Pech.

Michael Fuchs

Dummheit oder Absicht?

In Presse, Funk und Fernsehen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der Steuerzahler für das Kurzarbeitergeld aufkomme. Dabei kann jeder auf seiner Lohnabrechnung sehen, dass ihm Geld für die Arbeitslosenversicherung abgezogen wird. Und von dieser Arbeitslosenversicherung wird das Kurzarbeitergeld bezahlt. Also von den Beiträgen aller sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen in dieser Republik. Hier werden keine Geschenke verteilt wie an die Banken. Wir dürfen diese Krise selber zahlen. Wer etwas anders erzählt, schreibt oder in irgendeiner anderen Form verbreitet, belügt Euch wissentlich.

Wir AlternativeMetaller wünschen allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes und erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2010.



IMPRESSUM Herausgeber: AlternativeMetaller Daimler AG Kassel, www.alternativmetaller.de

Vincenzo Sicilia	Halle 35	Telefon 3220	Erich Behrend	Halle 50/52/53	Telefon 2755
Werner Hellwig	Halle 80 unten	Telefon 2503	Michael Fuchs	Halle 80 oben	Telefon 3132
Helmut Röse	Halle 50	Telefon 4366	Mirko Berger	Halle 57	Telefon 4546
Nicole Welke	Halle 35	Telefon 3240	Enrico Steuernagel	Halle 50	Telefon 4394
Erich Bauer	Halle 55	Telefon 4260	Udo Pusceddu	Halle 80 unten	Telefon 2794
Klaus Cornelius	Halle 80 oben	Telefon 2645	Klaus Ehlers		
Erich Hoppe	Halle 50/52/53	Telefon 3048	Klaus Berger		

**+ Freunde = Erfolg ViSdP: Vincenzo Sicilia
Mail: redaktion@alternativmetaller.de**

